

Nein zum EWR ist ein Ja zu Europa

7. Dezember 1992

Grundsätzlich: Eine Chance für eine Neuorientierung der verfahrenen Europa-Politik. Sicher hat die wiederholte Publikation der Argumente in der bz Basel, den Zeit-Fragen und die Schweizerzeit gegen den EWR zum NEIN beigetragen und damit der Schweiz neue Luft zum Atmen verschafft. Danke.

Neuer Blick auf Europa

Das Ergebnis der Abstimmung am 6. Dezember über den EWR-Vertrag darf nicht nur an den nunmehr hochgespielten „Gräben“ und „Rissen“ beurteilt werden. Auf jeden Fall nicht als eine Abstimmung, die von einem Landesteil gegen einen anderen gerichtet ist. Jedem ist zugute zu halten, dass er in guten Treuen für das gestimmt hat, was er als das beste für das Land betrachtete. Nur so kann eine direkte Demokratie funktionieren. Auf jeden Fall ist durch das Nein eine Situation geschaffen worden, die alle, Befürworter oder Gegner, zwingt, wie es der Amerikaner zu sagen pflegt, einen *new look*, einen neuen, frischen Blick auf die Stellung unseres Landes in Europa zu werfen.

Ein NEIN wie die Dänen

Dabei wäre zunächst einmal festzuhalten, dass die Reaktion in den meisten anderen europäischen Ländern ähnlich ist, wie bei dem Nein der Dänen zu Maastricht. Offiziell wird in der EG der Entscheid des Schweizervolks bedauert, ja zeigt sich sogar schockiert, wenn auch nicht in dem Ausmass wie die höchsten Stellen und die befürwortenden Kreise in der Schweiz selber.

Das ist menschlich durchaus verständlich. Alles wäre für die Gesamtinteressen des Landes etwas leichter, wenn die Befürworter in genau der gleichen Weise, wie das Ausland, zu erkennen gäben, dass die Schweizer sich nicht am Ende, gewissermassen in einer Sackgasse befindet, sondern am Anfang für neue, noch bessere Lösungen für Europa.

EWR ohne Schweiz?

Während den EWR-Verhandlungen sagte einmal Delors, Präsident der EG-Kommission, ein EWR ohne die Schweiz wäre kein EWR mehr! Das stimmt auch heute noch, sonst hätte der deutsche Aussenminister Kinkel nicht zu erkennen gegeben, es gehe jetzt darum, eine Lösung zu finden, welche dem Schweizervolk ermöglichen würde, auf seinen Entscheid zurückzukommen. Gleich wie bei den Dänen in bezug auf Maastricht, wobei die Dänen schon jetzt für sich verbuchen dürfen, dass sie mit ihrem mutigen Nein zu einer Aufweichung der allzustarren supranationalen Zügen einer Maastrichter-EG beigetragen haben. So wollen neuerdings nicht nur die Engländer darüber abstimmen, sondern sogar bei den Deutschen und in anderen EG-Ländern sind Bestrebungen im Gange, Maastricht einer Volksabstimmung zu unterstellen.

Zweifellos hat die **starke Stimmbeteiligung** in der Schweiz solchen Tendenzen neuen Auftrieb gegeben. Die Völker Europas, sehen, gleich wie in der Schweiz, die europäische Konstruktion nicht so, wie das ihre Regierungen, ihre parlamentarischen Vertreter, ihre politischen Parteien, die Wirtschaft und alle anderen führenden Kreise und Meinungsmacher tun. Das ist wohl auch der Grund, warum jetzt der Vertrag von Maastricht, zwar ohne formelle Neuverhandlungen, aber doch de facto, auf dem Wege von „Erläuterungen“ und „Interpretationen“ akzeptabel gemacht werden soll. So befürwortet besonders Bundeskanzler Kohl eine rasche Behebung des Demokratiedefizits und eine klarere Definition des Subsidiaritätsprinzips zugunsten der Mitgliedstaaten und in Begrenzung der Kompetenzen der Gemeinschaft und vor allem der Kommission in Brüssel .

Aufweichung der Supranationalität

Kein Zweifel, das Nein der Dänen zu Maastricht hat etwas in Richtung einer weniger supranationalen EG in Bewegung gebracht! Ein kleines Volk und wirtschaftlich lange nicht ein so wichtiger Partner für die EG, wie die Schweiz, die bedeutend mehr aus der EG importiert als sie exportiert; die zudem ein dringend benötigter potentieller Geldgeber für die Finanzen der EG ist und ein bedeutender Verkehrsknotenpunkt im Zentrum des grossen Binnenmarkts. Die Schweiz muss deshalb kaum befürchten, wie das am Sonntagabend von höchster Stelle (Bundesrat Delamuraz), verbunden mit den schlimmsten Drohungen für die weitere Existenz des Landes dem Schweizervolk an den Kopf geworfen worden ist, für das Nein zum EWR mit einer Isolierung bestraft zu werden. Gleich wie für das Maastricht-Nein der Dänen, wird für das EWR-Nein der Schweizer eine brauchbare Lösung zu suchen sei; eine Lösung, die sich auch für die anderen Efta-Staaten als nützlich erweisen könnte.

Verantwortung der Schweiz für Efta

Schliesslich war es immer die Schweiz, welche nicht nur massgeblich an der Gründung der Efta beteiligt war, sondern die auch immer wieder für die Weiterentwicklung der Freihandelszone und bei Schwierigkeiten für alle Efta-Staaten an die vorderste Front getreten ist. Das ist keine Überheblichkeit der nunmehr im eigenen Land beschimpften „Neinsager“ zum EWR, sondern das sind Tatsachen! Im Blick auf diese Tatsachen war es auch die Pflicht der Schweiz, gleich wie für Dänemark bei Maastricht, einmal mehr auf die Barrikaden gegen die supranationalen Auswüchse von Brüssel zu steigen und sich für eine gleichgewichtige Vertragsregelung, wie sie jeder völkerrechtlichen Vereinbarung zugrunde liegen sollte, einzusetzen.

Schade ist nur, dass - wohl des jahrelangen Kämpfens während der EWR-Verhandlungen müde - in der Endphase die höchsten schweizerischen Stellen und alle anderen führenden Kreise und Meinungsmacher in Verwaltung, den Kantonen, der Politik und Wirtschaft, leider aber auch der Medien, nicht bereit waren, im Kampf gegen die von Brüssel mit dem unausgewogenen EWR-Vertrag beabsichtigte Grossraumpolitik (nichts anderes als ein beginnender Imperialismus, der zu einem neuen Weltkrieg führen könnte) anzutreten. Angeblich, so rechtfertigen sich die EWR-Befürworter, um wirtschaftliche Not und Isolierung der Schweiz zu vermeiden. Besonders schade ist, dass ein grosser Teil der Romands aus ihrem, sich jeweils leichter begeisternden Idealismus heraus, den vom EWR-Vertrag vorgekaugelten Illusionen Glauben schenkten. Nun, heute aus einer durchaus verständlichen Wut ob dem verlorenen Abstimmungskampf, von einem „Riss“ einer „Spaltung“, sogar von einer „Abspaltung“ sprechen! Wenn auch solche Auseinandersetzungen durchaus ein gesundes Zeichen für eine lebendige direkte Demokratie sind, hätten sie leicht zu einer Situation führen können, bei welcher die Schweiz die Gelegenheit verpasst hätte, gleich wie Dänemark, zu einer Aufweichung des Supranationalismus in der EG, damit zu einer besseren Ausgangslage für ein zukünftiges demokratisch aufgebautes Europa, beizutragen. Diese im Nutzen von Europa liegende Möglichkeit ist jetzt durch das Nein der Schweiz wieder geöffnet worden.

Also ein Nein, das gleichzeitig ein Ja zu Europa ist, auch wenn es kurzfristig viel mehr zu kämpfen geben wird. Ein weniger supranationales Europa ist einen solchen Kampf wert; auf jeden Fall ein echter Beitrag zu einer wirklich besseren Zukunft für die europäische Jugend!

Neuer EWR - Vertrag

Jedenfalls darf das schweizerische Stimmvolk auf seine **starke Beteiligung mit fast 80%** stolz sein. Diese Beteiligung ist es, die dazu führen wird, dass das Nein der Schweiz in Europa und der übrigen Welt (z.B. im GATT) ernst genommen wird. Der französische Ministerpräsident Beregovoy sagte während der Maastrichter-Abstimmungskampagne, die Haltung der Schweiz sei, wegen ihrer stets nüchternen Beurteilung politischer Situationen, für andere Staaten ein Vorbild. Auf jeden Fall ist zu hoffen, dass die Haltung der Schweiz, gleich wie diejenige Dänemarks zu Maastricht, mit der

Zeit zu einer Aufweichung der EG inbezug auf den EWR, besonders der fehlenden Mitbestimmungsmöglichkeit, führt.

Anstatt mit guten Schweizerfranken um teuer bezahlte, kurzfristige Ersatzlösungen, das heisst „Almosen“, zu betteln, sollte jetzt von der Schweiz, auch im Interesse aller anderen Efta-Staaten mit oder ohne deren Unterstützung, eine Neuverhandlung des EW -Vertrags gefordert werden, mit dem Ziel diesen inbezug auf die gegenseitigen Rechte und Pflichten - so wie für jeden völkerrechtlichen Vertrag, der diesen Namen verdient - auf eine vollständig **paritätische Basis** zu stellen.

Im Klartext würde dies heissen, dass die Efta-Staaten die Regeln der EG nicht in der Form zu übernehmen haben, wie sie die Gemeinschaft beschlossen hat, sondern, dass diese Regeln betreffend die Gebiete der vier Freiheiten vom EWR-Rat neu auszuhandeln und zu beschliessen wären. Warum nicht auf dem Wege von Mehrheitsentscheidungen? Aber unter der Voraussetzung, dass jedes Land die gleiche Anzahl von Stimmen hat und dass für wichtige Entscheidungen ein qualifiziertes Mehr verlangt wird.

Ausbau der Efta

Wie immer sich die EG dazu verhält, sollten die Efta-Staaten den Mut finden, ihre Freihandelszone rasch für andere Länder in Europa zu öffnen und den Kontakt für die Schaffung einer atlantischen Freihandelszone (USA, Kanada und Mexiko) zu suchen. Sollte der EWR - Vertrag in seiner jetzigen Form ohne die Schweiz in Kraft gesetzt werden, dann sollte das nicht daran hindern, in der Efta weiterhin für den Ausbau zu anderen europäischen Ländern möglichst rasch, ja man ist versucht zu sagen, umgehend aktiv zu werden. Schliesslich war es ja die Schweiz, die seinerzeit die Assoziation mit Finnland durchgesetzt hatte. Die anderen europäischen Länder brauchen die Hilfe der Schweiz:

Zunächst: Die Öffnung nach Mittel- und Osteuropa ist für die Schweiz schon allein deshalb notwendig, weil ihre Aussenwirtschaft in den letzten Jahren allzu einseitig auf die EG ausgerichtet wurde.

Danach: Sollte in einem neuen EWR-Vertrag vorgesehen werden, dass er wegen seiner Bedeutung für die Zukunft in jedem Fall durch Volksabstimmungen in den einzelnen Ländern zu ratifizieren ist. Das gleiche, das, leider zu spät, auch für Maastricht gefordert wurde.

Schliesslich:

Was jetzt in der Schweiz gebraucht wird, ist, dass alle diejenigen, dies sich für den EWR eingesetzt haben, den Mut finden, gemeinsam mit den EWR-Gegnern eine neue Europadynamik der Schweiz, die gar nicht so unrealistisch ist, zu entwickeln. Dazu braucht es starke, unverbrauchte Persönlichkeiten, gleich wie diejenigen, die seinerzeit die Efta aus der Taufe hoben.

© Frédéric Walthard